



Protokoll der 36. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. April 2012, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Beat Gränicher, Doris Lagnaz, Paul Pfaff und Daniel Spinnler

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 21. März 2012 <i>://: Das Protokoll der letzten Ratssitzung wird mit der beantragten Berichtigung auf Seite 923 einstimmig genehmigt.</i>	-
2. Genehmigung Kredit von CHF 100'000.- für Erneuerung Wasserleitung im Bereich des Turnhallenneubaus beim Gymnasium Liestal - Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Der beantragte Kredit wird einstimmig genehmigt.</i>	2012/207 2012/207a
3. Genehmigung Kredite für Strassenbau (CHF 1'010'000.-), Wasserleitung (CHF 160'000.-) und Kanalisation (CHF 170'000.-) für Bushof 2. Etappe mit Bahnhofstrasse – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) <i>://: Die beantragten Kredite werden einstimmig genehmigt.</i>	2012/209 2012/209a
4. Quartierplanung Ziegelhof – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK), 2. Lesung <i>://: Genehmigung Antrag 3.2 der BPK mit 29 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen.</i> <i>://: Genehmigung Antrag 3.1 der BPK mit 29 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen.</i> <i>://: In der namentlichen Schlussabstimmung wird die QP Ziegelhof mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen genehmigt.</i> <i>://: Mit grossem Mehr bei einigen Enthaltungen wird der Beschluss betreffend der QP Ziegelhof dem Behördenreferendum unterstellt.</i>	2011/189 2011/189a 2011/189b 2011/189b-1
5. Wasserleitung Helgenweid, Erneuerung Abschnitt Bad Bubendorf bis Neuhof – Genehmigung Kredit von CHF 660'000.- <i>://: Der beantragte Kredit wird einstimmig genehmigt.</i>	2012/215
6. Kinderkrippenplätze, Trägerschaft – Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion <i>://: Vom Zwischenbericht wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung Kenntnis genommen.</i>	2006/121 2006/121a - d
7. Interpellation „Transparenz auch in Liestal“ von Regula Nebiker der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2012/200

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 8. | Postulat „Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof Liestal“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion
<i>://: Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2012/205 |
| 9. | Petition „Familienergänzende Kinderbetreuung“ der SP Liestal und Umgebung
<i>://: Mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimmen wird die Petition an den Stadtrat zur Kenntnisnahme überwiesen.</i> | 2012/208 |
| 10. | Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Instandsetzung der Kantonsstrasse an der Seltisbergerstrasse
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/211 |
| 11. | Interpellation von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Liestals Finanzen – Bericht Stadtrat
<i>://: Die Interpellation wird auf die Ratssitzung vom 30.05.2012 neu traktandiert.</i> | 2012/212 |
| 12. | Interpellation von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Tempo 30 in der Oristalunterführung
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/213 |
| 13. | Interpellation von Corinne Ruesch und Meret Franke der Grünen Fraktion betreffend der Gestaltung und Bewirtschaftung von Grünflächen
<i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2012/214 |
| 14. | Fragestunde
<i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 16 Fragen beantwortet.</i> | - |
| 15. | Weihnachtsbeleuchtung – Bericht Stadtrat zum Postulat von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion sowie Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Übernahme einer Defizitgarantie für die Anschaffung einer neuen Weihnachtsbeleuchtung: Kostenbeitrag von maximal CHF 100'000.- an KMU Liestal als Defizitgarantie
<i>://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung genehmigt der Rat für die Weihnachtsbeleuchtung einen Nachtragskredit von CHF 100'000.- zu Lasten der Laufenden Rechnung 2012.
://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.</i> | 2012/203
2012/203a |

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 19. April 2012:

- Gemäss Vorankündigung wird auch die heutige Ratssitzung bis ca. 21.00 Uhr dauern. Trotz der verlängerten Sitzungsdauer ist keine Zwischenverpflegung organisiert worden.
- Die Rechnung 2011 (Nr. 2012/216) ist der FIKO zur Vorberatung überwiesen worden. Die Vorlage wird den Ratsmitgliedern anfangs Mai zugestellt.
- Das Protokoll der heutigen Sitzung kann wegen Ferienabwesenheit des Ratsschreibers erst zusammen mit der Einladung zur Juni-Sitzung verschickt werden.
- Die Wahl der Spezialkommission „Schulraumplanung“ musste vom Büro auf die nächste Sitzung vom 24.05.2012 ausgestellt werden, da sich die Fraktionen noch bezüglich der personellen Besetzung des Kommissionspräsidiums einigen müssen.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, dem Ratsschreiber bis am Schluss der heutigen Ratssitzung den Rückmeldetalon betreffend dem Einwohnerratsausflug vom 04.05.2012 sowie das Formular „Interessenbindung-Offenlegung“ abzugeben.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, blau
- Vorlage Nr. 2012/203a – Weihnachtsbeleuchtung, Postulatsbeantwortung Stadtrat
- Vorlage Nr. 2012/213a – Tempo 30, Interpellationsbeantwortung Stadtrat
- Vorlagen Nr. 2012/217 und Nr. 2012/218 (neue Vorstösse)
- Flyer „Weltküche“-Anlass vom 05. Mai 2012

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-----------------------|--|
| - Canan Güngör (SP) | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Corinne Ruesch (GL) | B: Mitte |
| - Sabine Sutter (FDP) | C: Seite SP, Grüne |

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse“ von Regula Nebiker der SP-Fraktion (Nr. 2012/217)
- Interpellation „Nutzungskonzept für die Sanierung des Haus zur Allee“ von Elisabeth Spiess der Grünen Fraktion (Nr. 2012/218)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach informiert anhand von Folien kurz über die wichtigsten Eckdaten der Rechnung 2011: Die Laufende Rechnung schliesst ohne ausserordentlichen Erträge mit einem positiven Saldo von CHF 4 Mio. ab. Die Selbstfinanzierung beläuft sich auf CHF 10 Mio. Bei der Investitionsrechnung resultiert ein Finanzierungssaldo von CHF 4 Mio., was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass die Stadt Liestal noch den Anteil des Kantons an der Mehrzweckhalle Frenke übernehmen musste. Auch die Schulden der Einwohnerkasse konnten von CHF 27.6 auf CHF 22.4 Mio. reduziert werden. Speziell wird darauf aufmerksam gemacht, dass im Asylwesen mit 19 Personen der Kategorie A budgetiert wurde, schlussendlich waren es aber 27 Personen. Auch sollte dem Berichtspunkt 6 bezüglich dem Abschluss des Rechnungskreises „Kantonale Schulanlagen“ in der Rechnung 2011 die gebührende Beachtung geschenkt werden. Die Rechnung 2011 wird den Ratsmitgliedern in den nächsten Tagen zugestellt.

Traktandenliste

- *Interpellation* von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend **Liestals Finanzen** (Nr. 2012/212)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass vom Stadtrat beantragt wird, die Interpellation Nr. 2012/212 von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abzusetzen und auf die nächste Sitzung neu zu traktandieren. Damit wird es dem Stadtrat möglich sein, den Vorstoss wunschgemäss auch schriftlich beantworten zu können. Er kann feststellen, dass zum stadträtlichen Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt und die Interpellation Nr. 2012/212 von der Traktandenliste abgesetzt und diese auf die Ratssitzung vom 30.05.2012 neu traktandiert.

- *Postulat „Weihnachtsbeleuchtung“* (Nr. 2012/203)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) teilt mit, dass von Michael Bischof der FDP-Fraktion beantragt wird, die stadträtliche Antwort zum Postulat Weihnachtsbeleuchtung zusätzlich als Geschäft auf die Traktandenliste der heutigen Sitzung aufzunehmen. Dem Büro ist an der letzten Sitzung der Antrag vorangezeigt worden. Das Büro kann den Antrag unterstützen und schlägt vor, dass das Geschäft nach der Pause bzw. der „Fragestunde“ behandelt würde. Aus dem Rat werden keine Wortbegehren zum vorliegenden Antrag gestellt.

://: Einstimmig wird dem Antrag von Michael Bischof zugestimmt und das Geschäft zusätzlich auf die Traktandenliste aufgenommen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 12.04.2012 und den vorgängig beschlossenen Änderungen gutgeheissen.

342 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 21. März 2012

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass das Büro gemäss Antrag von Meret Franke (GL) folgende kleine Protokollberichtigung beantragt:

Trakt. 2, Seite 923 – Kreditmanagement (Nr. 2011/162b): falscher Namen

Ersetzen von Meret Kaufmann (GL) durch Meret Franke (GL).

::: Das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung wird mit der beantragten Berichtigung auf Seite 923 genehmigt.

343 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wasserleitung bei Gymnasium – Genehmigung Kredit von CHF 100'000.- für die Erneuerung der Wasserleitung im Bereich des Turnhallenneubaus beim Gymnasium Liestal; Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2012/207, Nr. 2012/207a)

Matthias Zimmermann (SP) hält als Präsident der BPK fest, dass von der Kommission gemäss einer Anfrage an der Ratssitzung vom 21. März 2012 schwergewichtig abgeklärt wurde, wie sich die Koordination der Bauarbeiten der Stadt und des Kantons finanziell im Zusammenhang mit der Wasserleitungserneuerung auswirke. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat, dem Antrag der Stadt zuzustimmen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat für die Spezialfinanzierung Wasserversorgung einen Kredit von CHF 100'000.- (exkl. MwSt, Investitionskonto 700.501.43) für den Ersatz der Wasserleitung bei der Turnhalle Gymnasium.

344 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Bushof 2. Etappe mit Bahnhofstrasse – Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK), Genehmigung Kredite für Strassenbau von CHF 1'010'000.-; Wasserleitung von CHF 160'000.- und Kanalisation von CHF 170'000.- (Nr. 2012/209, Nr. 2012/209a)

Matthias Zimmermann (SP) hält als BPK-Präsident im Zusammenhang mit dem vorliegenden Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2012/209a fest, dass von der Kommission bei der Strassenbauvorlage auch Fragen bezüglich dem neuen Taxistandplatz beim Bahnhofareal, der Beleuchtung von Strassen und Plätzen usw. geklärt wurden. Die Kommission kann den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Lorenz Rudin (FDP) äussert, seine Fraktion sei erfreut über die Investoren-freundliche Stadt Liestal. Von den Investoren und Stadtverantwortlichen wurde ein optimaler Projektplan aufgestellt. Begrüssenswert ist auch der flexible Umgang mit Investitionen, wenn es darum geht, Projekte schneller und kostengünstiger zu realisieren. An der Informationsveranstaltung konnte man auch feststellen, dass das vorliegende Projekt auf einer durchdachten Planung basiert und man es mit verlässlichen Partnern zu tun habe. Dank der Flexibilität der Stadt Liestal können die stadteigenen Tiefbauarbeiten ideal mit den Bauarbeiten der Investoren abgestimmt werden, was eine rasche Realisierung des Bauprojektes mit sich bringt. Abklärungen in der BPK haben ergeben, dass die Bauarbeiten die Verkehrsregelung rund um den Bahnhof nicht übermässig belasten werden. Auch die neuen Bushaltestellen sind gut durchdacht. Die FDP-Fraktion begrüsst die pragmatische Vorgehensweise beim vorliegenden Projekt und stimmt den stadträtlichen Anträgen zu.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, auch seine Fraktion stimme den Anträgen der BPK und des Stadtrates zu. Mit der Projektrealisierung kann nun auch die Lücke zwischen dem Emma Herwegh-Platz und dem Wasserturmplatz geschlossen werden. Jeder Bahnhof ist ein wichtiges Aushängeschild und so nimmt man erfreut von der Neugestaltung des Bushofes Kenntnis.

Regula Nebiker (SP) sagt, man habe sich anfänglich schon etwas die Augen gerieben, als man die Bauprofile beim Bahnhof gesehen und von der gewünschten raschen Projektrealisierung der Investoren Kenntnis bekommen habe. Nachdem man sich vertiefter mit dem Projekt befasst hatte, ist man doch zum Entschluss gekommen, dass die in den letzten Jahren getätigten Planungen mit dem vorliegenden Projekt umgesetzt werden können. Das Ganze ist vermutlich einfach etwas schneller gegangen, als man annehmen konnte. Das Bauprojekt und die Anträge des Stadtrates sowie der BPK finden in ihrer Fraktion Zustimmung.

Hanspeter Zumsteg (GL) führt aus, dass verschiedenen Neubebauungen rund um den Bahnhof dank dem vorliegenden forcierten Projekt zusätzlichen Schub bekommen. In rund zwei Jahren werden die Reisenden beim Ein- und Aussteigen auf dem Bahnhofplatz den Eindruck bekommen, dass Liestal über einen modernen, weltoffenen und attraktiven Bahnhofplatz in einer städtisch verdichteten Bauweise verfügt. Leider müssen die Besucher aber auch zur Kenntnis nehmen, dass Liestal über einen alten Provinz-Bahnhof aus dem letzten Jahrhundert verfügt. Von den SBB sind in der letzten Zeit alle Bahnhöfe zwischen Basel und Gelterkinden saniert worden, doch habe man dabei anscheinend den Bahnhof Liestal, mit der grössten Kundenfrequenz auf dieser Strecke, vermutlich vergessen. Vom Stadtrat sollte deshalb darauf hingewirkt werden, dass bezüglich den Bahnhofgebäuden in Liestal von den SBB nun endlich etwas für eine deutliche Verbesserung unternommen wird. Gut finde man beim vorliegenden Projekt, dass Liestal schon bald eine neue Bahnhofplatzumgebung mit modernem Busbahnhof bekommt, und dies erst noch schneller als ursprünglich geplant. Beim Projekt ZENTRALIESTAL gibt es Platz für eine gemischte Nutzung für das Verkauf- und Dienstleistungsgewerbe und interessierte Leute, die eine der 50 Wohnungen in unmit-

telbarer Nähe des Bahnhofes haben möchten. Das Trottoir auf der Bahnhofseite wird zwar 80 cm breiter, die Platzverhältnisse für die Fussgänger auf dem intensiv genutzten Bahnhofareal dürften aber nach wie vor sehr eng bleiben. Der Anschluss der neuen Gebäude an die Fernheizung ist begrüssenswert. Seine Fraktion kann sich damit einverstanden erklären, dass bei der Beleuchtung die neuartigen Halogen-Metallampflampen, welche bereits in der Bahnhofumgebung montiert wurden, auch auf den neuen Strassen und Plätzen installiert werden. Erfreut hat man die Aussage und Zusicherung des Stadtbauamt-Leiters zur Kenntnis genommen, wonach im ganzen Stadtbereich die alten Energieschleuder-Lampen konsequent durch LED-Lampen ersetzt werden. Diese sind stromsparend, frei von Quecksilber, haben eine Brenndauer von über 40'000 Stunden und bringen wesentlich tiefere Wartungskosten mit sich. Bei der Projektrealisierung sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass es bei den Bushaltestellen genügend breite und regengeschützte Wartezone gibt und eventuell sollten noch verlängerte Regenschutzdächer angesetzt werden. Nebst den zukunftsgerichteten und ästhetisch ansprechenden Bauprojekten sollte Liestal ebenfalls zeigen, dass man das Energiestadt-Label ernst nimmt und mit der Energieeffizienz bei Heizungen und der öffentlichen Beleuchtung konkret vorwärts machen wird. Die beantragten Investitionskosten von insgesamt rund 1,34 Mio. Franken machen Sinn und deshalb wird seine Fraktion auch die stadträtlichen Anträge unterstützen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) äussert, ihre Fraktion habe den BPK-Bericht positiv zur Kenntnis genommen. Die Investitionsverschiebungen zu Gunsten des vorliegenden Projektes machen Sinn. Die Kosten für die Strassensanierung finde man im Vergleich zu den übrigen Investitionen hoch und mögliche Einsparungen sollten noch geprüft werden. Während der Bauzeit wird es beim Bahnhofplatz grosse Behinderungen geben und es ist wichtig, dass für alle Frequenzierenden gute Lösungen gefunden werden. Die Wetterstation in der Allee findet wenig Beachtung und sollte deshalb auf dem neuen Bahnhofareal neu installiert werden. Bei den neuen Bushaltestellen ist der Überdachung bei den Einstiegsstellen die gebührende Beachtung zu schenken, wie dies auch beim Emma Herwegh-Platz gefordert wird. Die Anträge der BPK werden einstimmig unterstützt.

Stadtrat Ruedi Riesen dankt für die gute Aufnahme und stellt fest, dass sich die Fraktionssprecher nicht nur zu den beantragten Tiefbau-Investitionskrediten, sondern zur gesamten Gestaltung des Bahnhofplatzes geäussert hatten. Der Strassenbau muss gänzlich neu gemacht werden und die nötigen Anpassarbeiten bezüglich Strassenniveau usw. bringen auch relativ grosse Investitionskosten mit sich. Die Verschiebung des Projektes bezüglich der Allee-Gestaltung zu Gunsten des vorliegenden Projektes tut auch dem Stadtrat weh. Der Quartierplan 2 ist vom Einwohnerrat längst beschlossen und vom Regierungsrat genehmigt worden, die Realisierung desselben ist nun halt einfach früher in Angriff genommen worden, als man annehmen konnte. Bei der abzureissenden Scholer-Villa hausen Mauersegler, die nach Intervention des Vogelschutzvereins mit Unterstützung der Investoren und verschiedenen Grundeigentümern ein neues Zuhause im Uno-Gebäude erhalten. Trotz einer forcierten Projektrealisierung ist man bei vielen Detailfragen wie im erwähnten Beispiel subtil vorgegangen. Im Zusammenhang mit den beantragten höheren Investitionskosten ist aber doch auch zu berücksichtigen, dass man beispielsweise alleine beim QP 2 mit Anschlussgebühren von rund 1,3 bis 1,5 Mio. Franken rechnen kann, die in der Wasser- und Abwasserkanne vereinnahmt werden können.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Die Anträge des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2012/209 und der BPK gemäss Vorlage Nr. 2012/209a sind identisch.

Über die 3 Anträge wird einzeln abgestimmt.

- ://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat einen Kredit von CHF 1'010'000.- inkl. MwSt (Investitionskonto 620.501.70) für den Strassenbau Bushof 2. Etappe mit Bahnhofstrasse.

- ://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat einen Kredit von CHF 160'000.- exkl. MwSt (Investitionskonto 700.501.46) für den Ersatz der Wasserleitung.

- ://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat einen Kredit von CHF 170'000.- exkl. MwSt (Investitionskonto 710.501.03) für die Ergänzung der Kanalisation.

345 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplanung Ziegelhof – Bericht der Bau- und Planungskommission, 2. Lesung (Nr. 2011/189, Nr. 2011/189a, Nr. 2011/189b, Nr. 2011/189b-1)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass das Geschäft in der heutigen zweiten Lesung nach folgendem Ablauf behandelt wird:

1. *Eintreten*
2. *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
3. *Fraktionssprecher*
4. *Einzel Sprecher*
5. *Abstimmung über Anträge*
6. *Schlussabstimmung*

Den Ratsmitgliedern ist nach der ersten Lesung vom 21. März 2012 mit der Einladung zur heutigen Sitzung der rektifizierte Schlussbericht der BPK mit den geänderten Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2011/189b-1 zugestellt worden.

Das Geschäft ist an Ratssitzung vom 21.03.2012 in der 1. Lesung ausführlich diskutiert worden. Die Rednerinnen und Redner werden gebeten, die an der letzten Ratssitzung gemachten Aussagen heute nicht nochmals zu wiederholen und sich auf Neues sowie Wesentliches zu beschränken.

1. Eintreten

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

2. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, dass er heute auf der Sachebene und auf der emotionalen Ebene ein paar Dinge zum Projekt sagen beziehungsweise vorlesen möchte.

Zur Sachebene: Das Projekt ist insofern mit der ehemaligen Ziegelhof-Brauerei verhenkt, indem versucht wird, die Identität zu den alten Gewerbebauten und Industrieanlage zu schaffen. So ist es begründet, dass man das 1930er-Gebäude schützt, in welchem die Garderoben, Duschen und Aufenthaltsräume der Arbeiter, aber auch die Büros im Obergeschoss untergebracht waren. Hinten dran war auch die ersten Falschenabfüllanlage gewesen, wo jetzt die Abfüllhalle gegen die Gerberstrasse steht. Die drei Wohnhäuser an der Lindenstrasse sind in einem Gutachten als weniger wichtig eingestuft worden, was von den Projektgegnern auch kritisiert wird. Eine Umnutzung der restlichen Brauerei-Räumlichkeiten zwischen der Meyer Wiggli-Strasse und der Gerberstrasse ist nicht möglich, da zu viele unterschiedliche Niveaudifferenzen eine effiziente Nutzung verunmöglichen würden. Aber vor und in der alten Stadtmauer ist es möglich, die alte und gut erhaltene strukturelle Bausubstanz zu belassen und eine vielfältige Umnutzung vorzunehmen. Mit dem Neubauteil versucht man einen zeitgenössischen Bau zu realisieren, welcher einen erkennbaren Kontrast zur Altstadt setzt, immer im Respekt zur Struktur der Altstadt-Silhouette. Die Gesamtüberbauung nimmt nicht nur den Coop-Einkaufscenter auf, sondern integriert auch Ladenräumlichkeiten, einen Gastrobetrieb und Dienstleistungsbetriebe, einen Kulturbereich, Wohnungen usw.

Die Verhältnisse, verteilt auf den ganzen Perimeter vom Zeughausplatz bis zur Gerberstrasse, können grob wie folgt umrissen werden: Ein Teil wird von Coop belegt und ein weiterer Teil für andere Verkaufs- und Detailhandelsgeschäfte. Der Anteil an Wohnungen entspricht in etwa dem Coop-Anteil. Ein weiterer Teil wird gewerblich genutzt und dient der Gastronomie. Die Quartierplanfläche wird verschieden und reichhaltig genutzt. Auch das Parkhaus für über 200 Fahrzeuge darf nicht vergessen werden. Der Stadtrat sieht das Projekt als wichtigen Baustein in der gewünschten Verdichtung um die Altstadt und als Katalysator für den Detailhandel in der Altstadt – ganz im Sinne der Studie Geiger. Das Stedtli wird damit nicht nur vielfältigere Kaufangebote bekommen, sondern auch neue Arbeitsplätze, Wohnungen und Geschäftsräume, was auch neue Steuereinnahmen generiert. Und es wird nochmals speziell darauf hingewiesen, dass das vorliegende Projekt erst nach 12 Planungsschritten erreicht wurde, wozu es zwei Mitwirkungsverfahren mit vielen Anhörungen, zahlreiche Prüfungsberichte sowie Gutachten von relevanten Amtsstellen und Kommissionen wie Denkmalpflege, Arealbaukommission, Denkmal- und Heimatschutzkommission, Stadtbaukommission usw. der Stadt und des Kantons brauchte. In einem Begleitgremium sind nebst Coop auch der KMU-Vorstand, der ehemalige Jury-Präsident aus dem Testplanungsverfahren sowie die Stadt vertreten. Dieser grosse Aufwand und beispielsweise auch die kritischen Fragen der einwohnerrätlichen Bau- und Planungskommission habe sich schlussendlich aber gelohnt, denn man steht heute vor einem äusserst ausgereiften Projekt, welches keine Alternative dazu kennt, da alle möglichen Anpassungen bereits vorgenommen wurden. Vermutlich wird er heute kaum zusätzliche Ratsmitglieder vom Projekt und der Quartierplanung Ziegelhof überzeugen können, denn entweder glaubt man an ein ehrlich entwickeltes Vorhaben oder eben nicht. Der Stadtrat bittet den Rat, der Vorlage QP Ziegelhof zuzustimmen und den Anträgen der BPK zu folgen.

Zur emotionalen Ebene: Natürlich kann man ein neues Projekt fordern und die Vorlage an den Stadtrat zurückweisen, damit dieser auf das erste Feld aus dem Jahre 2008 zurückgehen muss. Immer wieder habe er gesagt, dass er Verständnis für die direktbetroffene Anwohnerschaft und ihre Situation habe. Man habe ja diesbezügliche Begehren diskutiert und nach Lösungen in der neuen Situation gesucht. Er selbst sei aber nach wie vor davon überzeugt, dass auch ein zweites bzw. neues Projekt unter den gegebenen Umständen keine Chance hätte. Was man von den Kritikern und Gegnern des Ziegelhof-Projektes in den letzten Wochen gehört und gelesen hatte, habe ihm schon zu denken gegeben. Es ist natürlich viel süffiger, in Emotionen an die Medien zu gelangen. Man kann dann viel interpretieren und vorgeben, dass man schon wisse, wie es eigentlich richtig sei. Auch kann man Interessenkollisionen thematisieren und von einer neuen Mauer vor der alten Stadtmauer reden etc. Man sagt, die einten stellen Behauptungen auf und wir alle kennen die Antwort usw. Er persönlich glaube, dass man diesen Argumenten nichts entgegenhalten kann, denn man will ja auch nicht immer alles berichtigen müssen. Zum gegebenen Zeitpunkt wird deshalb der Stadtrat eine umfangreiche öffentliche Information starten, und versuchen, sachlich über das für Liestal so wichtige Projekt im Zusammenhang mit der Quartierplanung Ziegelhof zu informieren.

3. Fraktionssprecher

Jürg Holinger (GL) bezieht sich auf die Debatte der 1. Lesung der Quartierplanung Ziegelhof vom 21. März 2012 und hält fest, dass es doch zum Grundverständnis der Demokratie gehören sollte, verschiedene Meinungen vertreten zu dürfen. Und dies ganz besonders bei einem Architekturprojekt, bei welchem auch die Fachleute nicht immer gleicher Meinung sind. Die Schärfe der Tonart als Reaktion auf die Standpunkte der Grünen Fraktion hatte doch sehr erstaunt. Sinn der zweiten Lesung ist es, die Lage nochmals neu zu beurteilen. Diesbezüglich ist seine Fraktion zu folgenden Entschlüssen gekommen: Die Grüne Fraktion bleibt bei ihrer Haltung, befürwortet und unterstützt die Richtung eines Einkaufszentrums mit Parkplätzen und Wohnungen beim Ziegelhofareal. Nach wie vor ist man der Meinung, dass die Umsetzung des jetzigen Projektes keine gute Lösung ist und zudem die Gefahr besteht,

dass das Projekt in der heutigen Form vor dem Volk und vor der Justiz scheitern wird. Schon in der BPK-Beratung hatte man auf die Nachteile des Projektes hingewiesen und an der ersten Lesung im Einwohnerrat kundgetan. Weil seine Fraktion das Projekt ermöglichen und nicht verhindern will, hatte man in einem Vermittlungsversuch bzw. mit einem Brief die Investoren sowie Grundbesitzer kontaktiert, um einen möglichen Absturz verhindern zu können. Und diesen Versuch hätte man ganz sicher nicht gemacht, wäre man grundsätzlich gegen das Projekt. Das erwähnte Schreiben ist auch den Fraktionspräsidenten zur Kenntnisnahme zugestellt worden und in diesem sind auch die Gründe sowie Argumente seiner Fraktion aufgeführt. Wie bereits vorgängig vom Ratspräsidenten empfohlen wurde, wird das in der ersten Lesung Gesagte an der heutigen Sitzung nicht nochmals aufgewärmt bzw. wiederholt. Seine Fraktion wird sich im Verlauf der heutigen Debatte nicht mehr engagieren. In der Schlussabstimmung wird sich die Grüne Fraktion der Stimme enthalten, mit Ausnahme der direkt betroffenen Anwohnerin und Fraktionskollegin.

Hanspeter Meyer (SVP) verzichtet ebenfalls darauf, bereits in der ersten Lesung gemachte Aussagen an der heutigen Sitzung nochmals zu wiederholen. Gemäss Leitsatz des schweizerischen Heimatschutzes braucht ein verdichtetes Bauen Qualität, Zeit und Gespräche, was beim vorliegenden Projekt sehr intensiv gehandhabt wurde. Das Projekt wurde mehrmals abgeändert und mehrere Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Auch wurde die Anwohnerschaft mit einbezogen, doch von dieser keine konstruktiven Lösungen vorgeschlagen, sondern alle Projektvorschläge grundsätzlich abgelehnt. Bei einer Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat wäre man deshalb in 2 bis 3 Jahren wieder genau gleich weit, da auch ein neues Projekt mit den gleichen Widerständen kämpfen müsste. Immer wieder wird gesagt und gefordert, dass man städtebaulich die beste Lösung finden sollte. Doch diese Definition wird erschwert oder gar dadurch verunmöglicht, weil die Meinungen bezüglich der besten Lösung teilweise weit auseinander liegen. Beim Ziegelhof-Projekt handelt es sich um eine gute Kompromisslösung, welche von der SVP-Fraktion voll unterstützt wird. Unschön und teilweise gar unfair finde er die Argumente der Gegnerschaft in der Presse mit Fotomontagen in Prospekten, welche die Gegebenheiten bzw. die projektierten Bauten nicht realistisch und wahrheitsgetreu wiedergeben. Mit der Zustimmung zur Quartierplanung sollte man den Mut haben, den richtigen Schritt in die Zukunft zu machen, damit das Ziegelhofareal zu keiner weiteren Industriebrache verkommt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, in ihrer Fraktion habe es keine neuen Erkenntnisse gegeben und die Meinungen sind gemacht. Auch ihre Fraktion wird der Vorlage zustimmen, damit die Ziegelhof-Gebäude wieder genutzt und aktiviert werden können. Die Projektrealisierung wird auch eine tolle neue Begegnungszone beim Zeughausplatz mit sich bringen. Auch hofft man, dass sich die Anwohnerschaft doch noch mit dem Projekt anfreunden kann.

Peter Küng (SP) hält fest, auch in seiner Fraktion gebe es keine neuen Ansichten. Auch hinsichtlich der Standortförderung wird das Ziegelhof-Projekt unterstützt, welches ein wichtiger Kraftblock für die Stadt Liestal sein wird. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Vorlage ist immer wieder über das Aussehen und das Ausmass von Gebäuden debattiert worden, doch ist selten erwähnt worden, dass mit dem Projekt neue Arbeitsplätze geschaffen werden, Wohnungen in unmittelbarer Nähe des Stedtli realisiert werden usw. Die SP-Fraktion spricht sich einstimmig für das vorliegende Ziegelhof-Projekt aus.

Pascal Porchet (FDP) betont, auch für seine Fraktion habe sich nach der ersten Lesung nichts mehr geändert. Die FDP-Fraktion spricht sich klar für den Wirtschaftsstandort Liestal aus. Und oberstes Ziel muss es sein, dass Liestal ein Magnet für Besucher und Bewohner ist, damit kein Exodus in die umliegenden Gemeinden sowie Einkaufszentren in Kauf genommen werden muss. Die durchgeführten 12 Planungsschritte im Zusammenhang mit dem vorliegenden Projekt sind vorbildlich und zeigen auch auf, welche Bedeutung man dieser Quartierplanung beigemessen hatte. Es ist auch nachvollziehbar, dass die Anwohnerschaft Angst vor Veränderungen hat, doch sollte man auch die Chance dieses Projektes nutzen, welche Liestal weiter bringen wird.

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, dass in der Schlussabstimmung eine namentliche Abstimmung durchgeführt wird, was gemäss § 82 des ER-Geschäftsreglementes möglich ist.

4. Einzelsprecher

Elisabeth Augustburger (CVP/EVP/GLP) erklärt, sie habe sich bereits an der letzten Sitzung kritisch zum Projekt geäussert. Ihr Unbehagen habe sich bis zur heutigen Sitzung nicht gelegt, obwohl sie sich klar für Coop und ein lebendiges Liestal ausspreche. Nach wie vor ist sie der Meinung, dass das Projekt nochmals hätte überarbeitet werden sollen. Das Investieren von 1 – 2 weiteren Jahren hätte sich bestimmt gelohnt. Sie werde sich nachher der Stimme enthalten.

Michael Bischof (FDP) nimmt Bezug auf das Votum des Fraktionssprechers der Grünen Fraktion und stimmt zu, dass die Befürworter des Projektes an der letzten Sitzung tatsächlich scharf reagiert hatten. Aus verschiedenen Motivationsgründen wird das Projekt bekämpft. Einige Exponenten wehren sich fundamental gegen das Projekt, weil sie daran zweifeln, dass der Lebensmittel- und Detailhandel in Liestal überhaupt überleben kann. Es ist dann schon unfair, wenn man sich für das örtliche Gewerbe ausspricht, gleichzeitig aber das vorliegende Projekt ablehnt. Man muss sich bewusst sein, dass mit Powerblocks wie Migros, Manor, Coop usw. gesamthaft rund 200 Mio. Franken investiert werden. Auch Investoren glauben an die Zukunft Liestals und deshalb sollte auch die Chance genutzt werden, welche sich mit dem Ziegelhof-Projekt jetzt anbietet. Das einzige Problem der Quartierplanung Ziegelhof dürfte sein, dass bei diesem in den 12 Planungsschritten wohl zu fest ins Detail gegangen wurde und heute schon beinahe eine Architekturplanung vorliegt, was wiederum auch zu vermehrten Angriffsflächen führte. Die jetzige Industriebranche beim Ziegelhofareal sollte raschmöglichst zu einem attraktiven Standort gemacht werden, indem man der vorliegenden Quartierplanung Ziegelhof zustimmt.

Adrian Mächler (FDP) stellt die Frage an Jürg Holinger der Grünen Fraktion, ob denn die von ihm erwähnte direktbetroffene Einwohnerrätin und Grundeigentümerin nicht in den Ausstand treten sollte, wie dies § 8 des ER-Geschäftsreglementes vorsieht.

Jürg Holinger (GL) antwortet, dass es sich um keine Frage, sondern um eine Feststellung von Ratsmitglied Adrian Mächler handelt. Das Wort „betroffen“ ist im vorliegenden Fall vermutlich falsch angewendet oder interpretiert worden. Denn sollte seine Fraktionskollegin nun in den Ausstand müssen, so hätten ebenfalls rund 30 Ratsmitglieder bei der Beschlussfassung des neuen Baureglementes sowie Zonenplanes in den Ausstand treten müssen, was aber nicht der Fall war. Bezüglich der Ausstandspflicht der einten Einwohnerrätin sollte an der heutigen Sitzung deshalb nicht weitere unnötige Zeit investiert werden.

5. Abstimmung

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und deshalb über die verschiedenen Anträge abgestimmt werden kann.

Die Ratsmitglieder werden über das Prozedere und die Reihenfolge der zu fällenden Entscheide informiert.

Vor den Abstimmungen werden die jeweiligen Anträge vom Ratspräsidenten verlesen.

Der Antrag der FDP-Fraktion ist von 4 Ratsmitgliedern unterzeichnet worden, weshalb die Schlussabstimmung mit namentlichem Aufruf durchgeführt.

• **Antrag 3.2 der BPK: Änderungsantrag**

Das Quartierplanreglement vom 12.10.2011 wird mit der Ergänzung von Art. 5 Abs. 2 gemäss Pkt. 2.4 des BPK-Berichtes vom 06.03.2012 beschlossen: „Aussenliegende Treppen und Rolltreppen, Überdachungen in Leichtbauweise, Veloabstellplätze, Schaukästen usw. dürfen auch ausserhalb der Baubereiche erstellt werden, sofern das städtebauliche Konzept und die in diesem Reglement formulierten Ziele und Gestaltungsvorgaben dadurch nicht beeinträchtigt werden. Die Beurteilung erfolgt gemäss Ziffer 4.2.“

://: Mit 29 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen wird dem BPK-Antrag 3.2 zugestimmt.

• **Antrag 3.1 der BPK, identisch mit stadträtlichen Antrag**

Der Quartierplanung Ziegelhof, bestehend aus dem Quartierplanreglement vom 12.10.2011, dem Plan Nr. 1 „Bebauung und Nutzung“ vom 12.10.2011 und Plan Nr. 2 „Erschliessung, Freiraum und Schnitte“ vom 12.10.2011 wird zugestimmt.

://: Dem Antrag 3.1 der BPK beziehungsweise dem Antrag des Stadtrates wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 6 Enthaltungen zugestimmt.

• **Schlussabstimmung – namentliche Abstimmung gemäss Antrag FDP-Fraktion**

Abstimmung namentlich	JA	NEIN	ENTHALTUNG	Bemerkungen
Augstburger Elisabeth			X	
Bischof Michael	X			
Brunner John	X			
Dalcher William	X			
Eichenberger Erika			X	
Eugster Thomas	X			
Franke Meret			X	
Furrer Peter	X			
Gränicher Beat				an Sitzung nicht präsent
Güngör Canan	X			
Holinger Jürg			X	
Kaufmann Franz	X			
Kiefer Enrico	X			
Küng Peter	X			
Lagnaz Doris				an Sitzung nicht präsent
Leimgruber Walter	X			
Lerf Heinz	X			
Lirgg Andreas	X			
Mägli Patrick	X			
Mangold Christine	X			
Mächler Adrian	X			
Meyer Hanspeter	X			
Meyer Markus	X			
Nebiker Regula	X			
Pfaff Paul				an Sitzung nicht präsent
Porchet Pascal	X			
Rudin Lorenz	X			
Ruesch Corinne			X	
Schafroth Gerhard	X			
Schafroth Hans-Rudolf	X			
Spiess Elisabeth		X		
Spiess Martin	X			
Spinner Daniel				an Sitzung nicht präsent
Steinger Pia	X			
Stoll Diego	X			
Stoll Hanspeter	X			
Sutter Sabine	X			
Wunderlin Vreni	X			
Zimmermann Matthias	X			
Zumsteg Hanspeter			X	
TOTAL	29 JA	1 NEIN	6 Enthaltungen	4 Ratsmitglieder abwesend

://: Die Quartierplanung Ziegelhof wird in der namentlichen Schlussabstimmung unter Berücksichtigung der gefällten Beschlüsse mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 6 Enthaltungen genehmigt.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass in der Schlussabstimmung die 4/5-Mehrheit erreicht wurde und es somit zu keiner obligatorischen Urnenabstimmung kommt.

- **Behörden-Referendum**

Matthias Zimmermann (SP) stellt folgenden Antrag, da dieser nicht von der BPK gestellt werden kann:

Der heutige Einwohnerratsbeschluss betreffend der Quartierplanung Ziegelhof ist gemäss § 90 des Einwohnerrats-Geschäftsreglementes dem Behördenreferendum zu unterstellen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum formulierten Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei einigen Enthaltungen wird der Beschluss betreffend der Quartierplanung Ziegelhof gemäss § 90 des Einwohnerratsgeschäftsreglementes dem Behördenreferendum unterstellt.

346 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Wasserleitung Helgenweid, Erneuerung Abschnitt Bad Bubendorf – Neuhof; Genehmigung Kredit von CHF 660'000.- (Nr. 2012/215)

Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass das Büro dem Rat eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vorschlägt.

Da aus dem Rat kein Antrag für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage an eine Kommission gestellt wird, kann das Geschäft direkt beraten werden.

Stadträtin Marion Schafroth informiert, es sei doch ungewöhnlich, dass vom Rat eine Kreditvorlage zu beraten und zu beschliessen ist, nachdem vom Stadtrat die Arbeiten bereits in Auftrag gegeben worden sind. Die stadträtliche Vorlage ist von ihr bereits an der letzten Ratssitzung vom 21. März 2012 vorangezeigt worden. Im Voranschlag 2012 ist der Ersatz der bestehenden alten Wasserleitung bereits eingestellt. Wegen einem Leitungsbruch musste aber die Wasserversorgung ab der Helgenweid stillgelegt werden. Da die Leckstelle unter den Geleisen der Waldenburgerbahn lag, hätte die Reparatur nur mit einem ausserordentlichen Aufwand von CHF 55'000.- vorgenommen werden können. Aus diesem Grund hatte der Stadtrat entschieden, das Projekt bezüglich dem Wasserleitungsersatz vorzuziehen und die Planungsarbeiten der Betriebe zu beschleunigen, damit die Arbeiten für die Wasserleitungserneuerung vom Stadtrat in Auftrag gegeben werden konnten. Die vorgezogene Arbeitsvergabe kann vom Stadtrat verantwortet werden, da man diesen Entscheid auch als gebundene Ausgabe hätte betrachten können. Mit den Arbeiten wurde anfangs letzter Woche begonnen und die Leitungsverlegung sollte bis Ende dieser Woche abgeschlossen sein.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass auf dem Situationsplan der stadträtlichen Vorlage keine Unterquerung der Hauptstrasse ersichtlich ist.

Stadträtin Marion Schafroth gibt bekannt, dass nicht die Hauptstrasse, sondern das Trasse der Waldenburgerbahn unterquert werden muss. Die rote Linie auf dem Situationsplan ist nicht massstabgetreu eingetragen und hat nur orientierenden Charakter. Der genaue Verlauf der bestehenden/alten Leitung ist auch nicht genau bekannt, da es auch keine Pläne von der im Jahre 1891 erstellten Wasserleitung gibt. Basierend auf früheren Leitungsbrüchen geht man davon aus, dass rund 2/3 der Wasserleitung unter den WB-Geleisen liegen. Detailfragen könnten auch direkt vom Brunnenmeister beantwortet werden.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) kann sich mit der Beantwortung seiner Frage nicht zufrieden geben und einverstanden erklären: Unter Punkt 3 der stadträtlichen Vorlage steht klar und deutlich, dass sich die Kosten für die Unterquerung der Hauptstrasse auf CHF 20'000.- belaufen wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) vermutet als regelmässigen WB-Benützer, dass es sich beim Betrag von CHF 20'000.- vermutlich um die Querung des Platzes bzw. der Strasse beim Neuhof handelt.

Er kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sich Ratsmitglied Peter Furrer damit einverstanden erklären kann, dass über den stadträtlichen Antrag abgestimmt wird.

://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat den Kredit von CHF 660'000.- exkl. MwSt (Konto-Nr. 700.501.09) als Sondervorlage bezüglich den nicht gebundenen Ausgaben.

347 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Kinderkrippenplätze, Trägerschaft - Zwischenbericht Stadtrat zum Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion (Nr. 2006/121 – Nr. 2006/121d)

Erika Eichenberger (GL) nimmt als Postulantin Stellung zum stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 200/121d: Bereits bei der Beratung des letzten Zwischenberichtes hatte sich der Rat positiv zum Strategiewechsel und neuen Subjektfinanzierung geäussert. Wichtig ist, dass die Eltern zwischen den Anbietern und Angeboten auswählen können. Nach der Volksabstimmung kann nun ein eigenständiges Tarifmodell entwickelt werden, in welchem die Elternbeiträge einkommensabhängig geregelt sind. Ihr ist nicht bekannt, wie konkret die Ausführungen für die Heimbetreiber anfangs Jahr waren. Die Heimleitungen und auch Eltern müssen aber bald wissen, mit welchen finanziellen Mitteln sie genau rechnen können. Es ist auch wichtig, dass nur Anbieter, welche einen anerkannten Qualitätsstandard garantieren können, berücksichtigt werden. Vom Stadtrat sollte deshalb diesbezüglich raschmöglichst Klarheit geschaffen werden. Die Tarifordnung ist ja ebenfalls reglementarisch zu regeln, weshalb dem Rat ja noch eine entsprechende Vorlage des Stadtrates zu unterbreiten ist.

Stadtpräsident Regula Gysin erklärt, seit der Verabschiedung des stadträtlichen Zwischenberichtes habe sich einiges getan. So hatte rund die Hälfte der Stimmbürger der FEB-Abstimmungsvorlage zugestimmt. Nach wie vor ist sie davon überzeugt, dass die familienergänzende Kinderbetreuung ebenfalls ein wichtiger Standortfaktor für Liestal sein wird. Im Moment ist die Verwaltung an der Modellumschreibung und am Erstellen einer Kostenanalyse mit professionellem Konzept als Folge davon. Der Paradigmawechsel ist den jetzigen Anbietern wie Tagesheim Sunnewirbel, Bingolino, KiTa Waldelfen und weiteren neuen Anbietern erklärt worden. Der Stadtrat hat das ehrgeizige Ziel für die Umsetzung ab 01.01.2013, und es ist klar, dass dem Einwohnerrat vorgängig auch noch eine Vorlage zu unterbreiten ist. Dass die Anbieter über einen anerkannten Qualitätsstandard verfügen müssen, ist selbstverständlich.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) äussert, sie habe die Informationsveranstaltung vom 09. Februar 2012 besucht. Es wurde über den Paradigmenwechsel informiert, doch Konkretes ist nicht präsentiert bzw. besprochen worden. Die von der Stadt Liestal eingeladenen Besprechungsteilnehmer hatten dann auch etwas ratlos wieder den Heimweg angetreten. Viele Fragen bezüglich der Abgabe der Gutscheine, den Qualitätsstandards etc. sind nach wie vor unbeantwortet. Das Tagesheim Sunnewirbel verfügt über eine Leistungsvereinbarung bis Ende 2012 und die Zukunft des Tagesheimes ist unklar, sollten bis im kommenden Herbst nicht konkrete Zusagen für finanzielle Beiträge der Stadt vorliegen. Der Stadtrat wird dazu aufgerufen, diesbezüglich schneller als schnell vorwärts zu machen, da dringender Handlungsbedarf besteht.

Stadtrat Lukas Ott meint, die FEB-Massnahmen sind auch im Schulbereich wichtig. An der letzten Sitzung hatte der Einwohnerrat das Postulat Nr. 2012/201 betreffend einem Pilotprojekt für familienergänzende Tagesstrukturen an den Stadtrat überwiesen. Er musste die letzte Ratssitzung früher verlassen und konnte dann dem Sitzungsprotokoll entnehmen, dass im Rat der Wunsch vorgebracht wurde, sich bei der Ausarbeitung der stadträtlichen Vorlage einbringen zu können. Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Lead nun bei ihm liege und deshalb auch der Gewaltenteilung die gebührende Beachtung zu schenken ist. Da auch der Stadtrat lösungsorientiert arbeiten möchte, wird man versuchen, zügig einen Vorschlag auszuarbeiten und diesen anschliessend den Parteien zur Vernehmlassung zu unterbreiten. Erst dann wird dem Einwohnerrat eine ausgereifte Vorlage zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet.

Patrick Mägli (SP) unterstreicht das Votum von Ratskollegin Vreni Wunderlin und hält fest, auch seine Fraktion fordere, dass es nun endlich vorwärts gehe. Man erwarte vom Stadtrat so schnell wie möglich eine Vorlage zur Umsetzung des Postulates. Die SP-Fraktion wird keine Schmalspurvorlage unterstützen. Bezüglich der Subjektfinanzierung ist in seiner Fraktion noch keine definitive Meinung gebildet worden, da man noch die Stadtratsvorlage abwarten will.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Bezug auf die beiden vorgängigen Voten. Es war das Anliegen der Anbieter, dass man an einer Informationsveranstaltung direkt über die stadträtlichen Absichten sowie das weitere Vorgehen informiert wird. Weitere Treffen wurden bereits am 09. Februar 2012 in Aussicht gestellt. Das Tagesheim Sunnewirbel ist politisch und historisch gewachsen und gute Sachen sowie Einrichtungen will auch der Stadtrat nicht gefährden. Im Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2006/121d wird vom Stadtrat erwähnt, dass man den Entscheid der Volksabstimmung abwarten wird. Nun ist die Situation halt etwas anders, doch kann sie in Aussicht stellen und versprechen, dass vom Stadtrat in Kürze eine Vorlage im Einwohnerrat eingespiesen wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Vom stadträtlichen Zwischenbericht gemäss Vorlage Nr. 2006/121d wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung Kenntnis genommen.

348 0.01.011.01 Einwohnerrat

**7. Interpellation „Transparenz auch in Liestal“ von Regula Nebiker
der SP-Fraktion (Nr. 2012/200)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

SP Fraktion
Regula Nebiker

Interpellation

Transparenz auch in Liestal

In diesen Wochen mussten wir erleben, wie eminent wichtig Transparenz für die Herstellung von Glaubwürdigkeit eines öffentlichen Organs ist. Vor einigen Wochen hat das Baselbieter Stimmvolk das Öffentlichkeitsprinzip in der Verfassung verankert. Das neue Informations- und Datenschutzgesetz verankert das Transparenzprinzip, welches im Prinzip immer schon galt, explizit. Transparenz ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen.

Die Informationspolitik des Liestaler Stadtrats lässt in letzter Zeit zu wünschen übrig. Sie wirkt oft selektiv und zögerlich. Es entsteht sogar der Eindruck, dass Geheimhaltung im Stadtrat die Norm und nicht, wie es wünschbar wäre, die Ausnahme bildet. So werden immer wieder Studien und Konzepte, die durchaus von allgemeinem Interesse wären, aus wenig einsichtigen Gründen unter Verschluss gehalten oder erst sehr spät kommuniziert. Beispiele sind die Neuausrichtung der Stadtpolizei, das Sicherheitskonzept Fürio, die Auslagerung des Asylwesens, diverse Studien zur Stadtentwicklung etc.

Dies führte bereits wiederholt zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung, in der Presse und auch im Einwohnerrat. Besonders unschön ist es, wenn bestimmte, unter Verschluss gehaltene Informationen, durch Indiskretionen dann doch in die Presse gelangen. Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat mit einer aktiveren und offeneren Informationspolitik viel zu einer Verbesserung des Vertrauens und der politischen Kultur in der Stadt beitragen könnte.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Stadtrat:

- 1) *Gibt es ein Informations- und Kommunikationskonzept des Stadtrats?*
- 2) *Nach welchen Kriterien werden Informationen zu Entscheiden und Entscheidungsgrundlagen des Stadtrats kommuniziert?*
- 3) *Welches sind die Kriterien, wonach Informationen unter Verschluss gehalten werden?*
- 4) *Welche Änderungen in der Informationspolitik sind mit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips zu erwarten?*

Liestal, 22. Januar 2012
Regula Nebiker Toebak

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zu den Fragen der Interpellantin Stellung:

Frage 1: Ja, es gibt ein Informations- und Kommunikationskonzept des Stadtrates.

Frage 2: Der Geheimhaltungsgrundsatz mit Öffentlichkeitsvorbehalt hat bis anhin gegolten. Es muss ein privates und öffentliches Interesse an der Veröffentlichung der Information vorliegen. Der Grundsatz wird aber mit dem neuen Informations- und Datenschutzgesetz umgekehrt und neu ist grundsätzlich alles öffentlich, wo nicht überwiegende private Interessen dagegen stehen. Im konkreten Fall sind die Interessen abzuwägen. Es können folgende Fälle unterschieden werden: A) Gesetzliche Veröffentlichungspflicht wie beispielsweise bei Wahlen und Abstimmungen, Reglementen und Verordnungen etc. über Anschlag am Rathaus und Publikation im Liestal aktuell. B) Für die Bevölkerung wesentliche und/oder als relevant erachtete Informationen über Abfalltage, Ansprechpersonen, Baustellen, Veranstaltungen mit Lärmentwicklungen etc. via Homepage, Liestal aktuell sowie direkte Kontaktierung mit Flugblättern, Informationsveranstaltungen. C) Allgemeine Informationen betreffend dem Bezug von Tageskarten, Veranstaltungen, Ansprechpersonen etc. via Homepage und Liestal aktuell. D) Für den Einwohnerrat bestimmte politische Geschäfte via Versand von Vorlagen inklusive Begleitberichten an den Einwohnerrat, welche im Zweifel auch veröffentlicht werden.

Frage 3: Überwiegendes privates Interesse wie beispielsweise Vormundschaft oder öffentliches Interesse wie beispielsweise militärische Anlagen stehen dem Interesse an einer Veröffentlichung entgegen.

Frage 4: Noch offenere Informationen über die Tätigkeiten des Stadtrates und der Stadtverwaltung via Liestal aktuell und Homepage werden die Änderungen bzw. Folgen sein. Auch die Einsichtnahme in Entscheidungsgrundlagen auf Anfrage nach Prüfung der Interessenlage. Dies hängt auch von den kantonalen Ausführungsbestimmungen ab, welche noch nicht vorliegen.

Regula Nebiker (SP) dankt als Interpellantin für die ausführlichen Antworten der Stadtpräsidentin, wünscht aber die Diskussion.

Die Antworten der Stadtpräsidentin sind dem Einwohnerrat ja bekannt. Der Text ihres Vorstosses basiert auf dem Hintergrund einer allgemeinen Unzufriedenheit. Die von der Präsidentin erwähnten Informationskanäle sind bekannt, doch wie werden diese eingesetzt und wie kommen sie rüber? Tendenziell hatte der Stadtrat in den letzten 2 – 3 Jahren nur gerade über das Nötigste informiert, und dies oft auch nur häppchenweise. Ein proaktivere Information wäre wünschenswert. Und so hatte sie sich bereits mit Marcel Jermann betreffend der Website der Stadt unterhalten, und die Frage thematisiert, welche stadträtlichen Kommissionen es gebe und wer in diesen Kommissionen vertreten ist. Diesbezügliche Informationen sind auf der Homepage nicht aktualisiert oder auffindbar. Gerade im Zusammenhang mit der Ziegelhof-Diskussion sind verschiedene stadträtliche Kommissionen immer wieder erwähnt worden, doch bekommt man über deren Existenz und die personelle Zusammensetzung keine Informationen. Die ihr von Marcel Jermann geschickte Behördenliste aus dem Jahre 2007 ist nicht mehr ganz aktuell. Solche Dokumente sollten fortlaufend nachgeführt und publiziert werden. Für die künftige Politikultur wäre es sicher besser, wenn der Stadtrat auch über Dinge informieren würde, die in seiner Kompetenz liegen. Ihr Wunsch für einen Verzicht auf Abgrenzungsfragen im Zusammenhang mit der Kommunikation zwischen Exekutive und Legislative würde sicher auch der politischen Kultur gut tun.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass es oftmals schwierig sei, beispielsweise die Relevanz sowie Bedeutung von Studien einordnen zu können. Im Zusammenhang mit der Quartierplanung Ziegelhof sind beispielsweise auch archäologische Gutachten sowie vom Netzwerk Altstadt für Liestal Studien gemacht worden, welche man der BPK auch zur Verfügung stellte. So hatte man kürzlich auch im Stadtrat den Vorschlag beraten, ob man künftig alle Berichte, Studien und Gutachten umgehend nach Erhalt auf der Homepage einstellen sollte.

Corinne Ruesch (GL) meint, es könnten durchaus ein paar Beispiele von Intransparenz aus der letzten Zeit aufgezählt werden, mit welchen man vom Stadtrat brüskiert wurde. So ist beispielsweise eine Frage aus der FIKO betreffend einer möglichen Asylwesen-Auslagerung vom Stadtrat verneint worden. Eine offenere Informationspolitik würde sicher zu einer vertrauensvolleren Beziehung zwischen Einwohnerrat und Stadtrat oder aber allgemein zwischen der Bevölkerung und den politischen Gremien führen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, Stadtrat und Verwaltung werden künftig vermehrt informieren. So ist auch das Alterskonzept auf der Homepage eingestellt worden. Im Zusammenhang mit der BPK-Vorberatung der Vorlage „Haus zur Allee“ ist der Kommission wunschgemäss auch die Einsichtnahme der Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Jugendsozialwerk auf der Verwaltung offeriert worden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Fragen gemäss Interpellation Nr. 2012/200.

349 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Postulat „Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof Liestal“ von Hanspeter Zumsteg namens der Grünen Fraktion (Nr. 2012/205)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat

Fussgängerfreundlicher Süd-Zugang zum Bahnhof Liestal

Seit Jahren schon warten die vielen Bewohner der Quartiere Oristal und Tiergarten/Sichtern auf einen verbesserten südlichen Fussgänger-Zugang zum Bahnhof.

Zudem ist die Bahnhofspassage nebst dem Zugang zu den Perrons vor allem auch eine wichtige Fussgänger-Verbindung zur Post und weiter zur Altstadt.

Eine bessere Fussgängeranbindung dieser Quartiere an das Zentrum bringt gleichzeitig einen nicht unbedeutenden zusätzlichen Kundenkreis näher zum Ladengewerbe.

Die heutige Situation mit der steilen Treppe ist sowohl für ältere Personen mit Gehhilfen (Rollator), für Familien mit Kinderwagen und für VelofahrerInnen eine unzumutbares Hindernis.

Die bestehenden Eigentumsverhältnisse erfordern eine kooperative Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der SBB, um so endlich eine gute bauliche und finanzielle Lösung für Liestal zu finden (sei dies eine längere Rampe oder ein Lift).

Wir laden den Stadtrat ein, eine bauliche Lösung für diesen seit Jahren unbefriedigenden südlichen Fussgänger-Zugang zum Bahnhof zu prüfen und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Liestal, den 29. Januar 2012

*für die Grüne Fraktion
Hanspeter Zumsteg*

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen wird.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält als Postulant fest, dass seit Jahren die Quartierbewohner vom Oristal und Tiergarten/Sichtern auf einen besseren Süd-Zugang zum Bahnhof warten. Die Bahnhofspassage ist auch eine wichtige Verbindung zur Post und zum Stedtli. Die heutige Situation mit der steilen Treppe ist für ältere Leute mit einem Rollator, Familien mit Kinderwagen sowie Velofahrer ein unzumutbares Hindernis. Dringend nötig ist eine wesentlich längere Rampe oder ein Lift. Eine ältere Frau hatte in einem Lesebrief geschrieben, dass dieser Zustand nicht nur unzumutbar, sondern geradezu diskriminierend sei. Mit diesem Postulat möchte man den Stadtrat einladen, zusammen mit den SBB gute bauliche und finanzielle Lösungen zur Problemlösung zu finden.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen. Die SP-Fraktion verstehe es nicht, weshalb so lange nichts getan wurde und erst ein politischer Vorstoss abgewartet werden musste, bevor man etwas unternimmt.

Adrian Mächler (FDP) erinnert daran, dass ein diesbezüglicher Lösungsvorschlag schon vor Jahren im Einwohnerrat ein Thema war. Das Projekt wurde damals vom Parlament wegen den Kostenfolgen abgelehnt und die SBB hatten damals eine Kostenbeteiligung verweigert. Dem Stadtrat kann deshalb nicht der Vorwurf gemacht werden, er habe nichts unternommen.

Stadtrat Ruedi Riesen versteht die vorgängigen Votanten und findet es selbst auch mühsam, dass das Problem schon mehrmals vergeblich bei Gesprächen mit der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie den SBB thematisiert wurde. Der Bahnhofzugang liegt auf SBB-Gelände und von der Eigentümerin ist man aus verschiedenen Gründen schon mehrmals vertröstet worden. Mit dem Bahnhofneubau dürfte bestenfalls in den Jahren 2016/2017 begonnen werden, doch mit dem vorliegenden Vorstoss könnte zusammen mit dem Kanton gegebenenfalls eine Zwischenlösung gefunden werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2012/205 an den Stadtrat überwiesen.

350 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Petition „Familienergänzende Kinderbetreuung“ der SP Liestal und Umgebung (Nr. 2012/208)

Die Petition hat folgenden Wortlaut:

PETITION AN DEN EINWOHNERAT DER STADT LIESTAL

Familienergänzende Kinderbetreuung

Familienergänzende Tagesstrukturen erlauben es den Eltern, Kinderbetreuung und Arbeits-/Verdienstmöglichkeiten besser miteinander zu verbinden. Eine familienfreundliche Stadt wie Liestal ist gefordert, ein sinnvolles Betreuungsangebot für die Schulkinder anzubieten.

Unsere Forderung lautet:

In Liestal wird für Kinder im Primarschulalter möglichst rasch eine bedarfsgerechte Betreuung angeboten, welche die unterrichtsfreien Randstunden und die Ferienzeit abdeckt. Die Finanzierung ist unkompliziert und berücksichtigt die finanziellen Möglichkeiten der Eltern und der Stadt.

Name	Vorname	Adresse in Liestal	Unterschrift

* * * * *

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass sich der Einwohnerrat doch eher selten mit einer Petition zu befassen hat, welche an ihn adressiert ist.

Gemäss Vorlage Nr. 2012/208 ist die Petition am 05. März 2012 mit 186 Unterschriften von der SP Liestal und Umgebung eingereicht worden.

Gestützt auf § 53 des ER-Reglementes hatte das Büro bezüglich der weiteren Behandlung der Petition entschieden, dass dem Rat der Antrag unterbreitet wird, die Petition an den Stadtrat zur Kenntnisnahme überwiesen wird.

Dies verbunden mit der Bitte, dass der Stadtrat zur Petition noch Aussagen im Zusammenhang mit der Beantwortung des Postulates Nr. 2012/201 „Pilotprojekt für familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich“ machen wird, welches vom Einwohnerrat an der letzten Ratssitzung vom 21.03.2012 bereits an den Stadtrat überwiesen wurde.

Walter Leimgruber (SP) bemerkt, die Petition sei im Zusammenhang mit dem vergangenen Gemeindewahlen-Wahlkampf lanciert worden und man ist von den Ereignissen doch auch etwas überrollt worden. Die SP-Fraktion kann sich mit dem Vorschlag des Büros bezüglich der weiteren Behandlung der Petition einverstanden erklären.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass die Petition mit dem Postulat Nr. 2012/201 bereits inhaltlich abgedeckt ist. Die FDP-Fraktion kann sich mit dem Antrag und Vorschlag des Büros einverstanden erklären. Seine Fraktion spricht sich ebenfalls für familienergänzende Massnahmen aus. Dies soll aber mit einem behutsamen und bedarfsorientierten Ausbau der bestehenden Strukturen und Betreuungsformen passieren. Mit dem angekündigten Wechsel von der Objektfinanzierung zur Subjektfinanzierung sollen dann die Eltern selbst wählen können, ob sie ihre Kinder beispielsweise von einer Tagesmutter, einer Kinderkrippe, einer Nanny usw. betreuen lassen möchten. Für die Eltern muss aber trotzdem klar sein, dass sie damit nicht von ihren Eltern- und Erziehungsaufgaben entbunden werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme wird die Petition „Familienergänzende Kinderbetreuung“ an den Stadtrat zur Kenntnisnahme überwiesen.

351 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Instandsetzung der Kantonsstrasse an der Seltisbergerstrasse (Nr. 2012/211)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli
CVP/EVP/glp-Fraktion

Interpellation

Instandsetzung der Kantonsstrasse an der Seltisbergerstrasse

Am 2. Februar 2012 fand im Stadtsaal eine Orientierung der Anwohner betreffend Instandsetzung der Seltisbergerstrasse durch das Tiefbauamt des Kantons statt. Diese Instandsetzung soll schon bald in Angriff genommen werden.

Die Sanierung betrifft die Anwohner der Seltisbergerstrasse 1 - 12. Die Strasse soll verbreitert werden. Verschiedene Varianten mit oder ohne Trottoirs werden aufgezeigt.

Fragen an den Stadtrat:

In welchem Ausmass nimmt die Stadt Einfluss auf Veränderungen?

Wie wird der Velofahrer integriert? Wichtig wäre ein Velostreifen, vor allem bergwärts.

Ich bitte den Stadtrat, den Einwohnerrat über Details zu informieren. Vielen Dank.

Vreni Wunderlin-Friedli

Liestal, 16. März 2012

* * * * *

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zu den Fragen der Interpellantin Stellung. Ja, die Stadt nimmt Einfluss auf Veränderungen. An der Informationsveranstaltung des Kantons vom 02. Februar 2012 sind die Anwohner unter anderem auch über die erheblichen Landabtretungen an die Strasse informiert worden. Die neue und breitere Strasse verleitet zum schnelleren Fahren und ist äusserst gefährlich, was schon in der heutigen „Fragestunde“ thematisiert wurde. Der Strassenbaute muss als „autogerecht“ bezeichnet werden und ist für Fussgänger, Velofahrer usw. sehr gefährlich. So werden wohl die Kindergärtner nur unter Aufsicht die Strasse überqueren können. Auch als Bewohner des Quartiers wird er sich für eine Verbesserung der dortigen Situation einsetzen. Der Stadtrat hat bereits Einfluss genommen, doch könne er im Moment auch nichts Genaueres sagen, da das Detailprojekt in der Verwaltung auch noch nicht bekannt und aktenkundig ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellantin für die stadträtliche Stellungnahme. Angeblich soll eine zweite Orientierung stattfinden und die Anwohner haben auch bezüglich den Landabtretungen nichts mehr gehört. Die betroffenen Eigentümer und Bewohner des betreffenden Quartiers hatten von der Einflussnahme und dem Intervenieren der Stadt noch nichts gespürt. Es wäre schon wichtig, wenn sich auch der Stadtrat zur geplanten Strassenbaute des Kantons äussern würde.

Michael Bischof (FDP) hält fest, dass er vom SVP-Fraktionspräsidenten bereits an der letzten Ratssitzung darauf angesprochen wurde, ob man bezüglich der Situation an der Seltisbergerstrasse mit einem Vorstoss etwas unternehmen sollte. Glücklicherweise ist bis jetzt noch nichts Schlimmeres passiert. Vermehrte Kontrollen durch die Stadtpolizei an der Seltisbergerstrasse dürften finanziell lohnenswert sein und auch bezüglich der Verkehrssicherheit präventiv von Nutzen sein. Es stellt sich schon die Frage, was man als Bürger gegen solche Missstände bzw. Projekte des Kantons unternehmen kann.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) erklärt, eine mögliche Lösung könnte es sein, wenn man auch an der Seltisbergerstrasse eine 30er-Zone einführen würde, was ja auf Kantonsstrassen auch möglich ist.

Jürg Holinger (GL) meint, dass wohl nur noch keine Unfälle passiert sind, weil die Seltisbergerstrasse aktuell noch sehr schmal ist. Und wenn diese nun verbreitert wird, ist ein Missbrauch derselben als Rennstrecke voraussehbar. Auch er bitte den Stadtrat, beim Kanton Einfluss zu nehmen.

Bezüglich den Voten von Vizepräsident Gerhard Schafroth an den Ratssitzungen möchte er an dieser Stelle doch noch etwas kurz festhalten: Aus eigener Erfahrung weiss er, dass man sich an seinem Platz ziemlich auf die Ratsleitung konzentrieren muss und diesem Umstand sollte auch der amtierende Vizepräsident vermehrt Beachtung schenken.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, dass die Problematik an der Seltisbergerstrasse von den Landratsmitgliedern des Bezirks auch im Kantonsparlament thematisiert werden könnte.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass man durchaus als Bürger etwas erreichen kann. Es erstaunt ihn natürlich schon, dass die Anwänder nicht reagieren und beispielsweise selbst mit Einsprachen intervenieren.

Matthias Zimmermann (SP) fügt hinzu, man könnte sich ja beim Ziegelhofprojekt ein Beispiel nehmen, wie man als Bürger gegen ein Projekt Widerstand leisten kann.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Fragen gemäss Interpellation Nr. 2012/211.

352 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Interpellation von Gerhard Schafroth der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Tempo 30 in der Oristalunterführung (Nr. 2012/213, Nr. 2012/213a)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Gerhard Schafroth
CVP/EVP/glp-Fraktion

Interpellation
Tempo 30 in der Oristalunterführung

Im Amtsblatt vom 13. März 2012 teilt der Regierungsrat mit, dass auf Kantonsstrassen neu ausnahmsweise Tempo 30 eingeführt werden kann.

Ist der Stadtrat bereit aufgrund dieser neuen Ausgangslage zusammen mit dem Kanton abzuklären, ob sich zur Verbesserung der Sicherheit in der von vielen Velofahrern (Erwachsenen und Schülern) als sehr gefährlich empfundenen Oristalunterführung (zwischen Bahnhofstrasse und Tiergartenstrasse/Sichternstrasse) Tempo 30 eingeführt werden kann?

Ich bitte um schriftliche Beantwortung.

Vielen Dank für die Antwort.

Gerhard Schafroth
Liestal, 21. März 2012

* * * * *

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass vom Stadtrat wunschgemäss die Interpellation schriftlich beantwortet wurde. Die an der gestrigen Stadtratssitzung verabschiedete Vorlage Nr. 2012/213a ist den Ratsmitgliedern an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf das vorgängige Votum von Jürg Holinger und hält fest, dass er als Vizepräsident rein rechtlich gesehen an der Diskussion teilnehmen darf. Falls er aber für das nächste Amtsjahr als Ratspräsident gewählt würde, so würde er das abgegebene Versprechen einhalten und sich während des Präsidialjahres nicht an den Debatten beteiligen.

Als Interpellant möchte er nochmals auf die gefährliche Situation in der Oristalunterführung mit dem „Tunneleffekt“ und dem fehlenden Velostreifen auf der einten Strassenseite aufmerksam machen. Die Gefahr könnte mit einer Tempo 30-Zone reduziert werden und er wäre für eine diesbezügliche Unterstützung des Stadtrates dankbar.

Erika Eichenberger (GL) weist auf weitere Unterführungen hin, in welchen die Velofahrer vor allem wegen grossen und langen Fahrzeugen doch immer wieder in recht ungemütliche und gar gefährliche Situationen im Strassenverkehr kommen. Eine Temporeduktion würde sicher Sinn machen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Fragen gemäss Interpellation Nr. 2012/213.

353 0.01.011.01 Einwohnerrat

12. Interpellation von Corinne Ruesch und Meret Franke der Grünen Fraktion betreffend der Gestaltung und Bewirtschaftung von Grünflächen (Nr. 2012/214)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal

Grüne Fraktion

Interpellation

Grünflächen Gestaltung und Bewirtschaftung

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

Welche Überlegungen werden bei der Gestaltung und Bewirtschaftung von Grünflächen der Stadt berücksichtigt? Welche Schwerpunkte werden gesetzt? Liegt ein umfassendes Gestaltungs- und Bewirtschaftungskonzept für die Grünflächen der Stadt vor?

Wo und für welche Zwecke werden Pestizide eingesetzt? Wie könnte dies verringert werden? Wird dies angestrebt?

Wie hoch ist der Arbeitsaufwand resp. wie viele Stellenprozente werden für den Unterhalt von Böschungen und Rabatten eingesetzt? Und für die Erstellung und den Unterhalt von Pflanzenkübeln? Könnte der Arbeitsaufwand durch eine einheimische, robustere und ausdauernde Bepflanzung gesenkt werden?

Wie wird die Neophyten-Problematik angegangen? Sind die Standorte erfasst? Wurden bereits Massnahmen ergriffen?

Welche Fachpersonen für die Gestaltung und Bewirtschaftung von Grünflächen stehen zur Verfügung? Wo wird mit externen Fachpersonen zusammen gearbeitet?

Liestal, 19. März 2012

Corinne Ruesch Schweizer

Meret Franke-Kaufmann

* * * * *

Stadträtin Marion Schafroth nimmt zu den Fragen der Interpellantinnen Stellung: Bei der Gestaltung und Bewirtschaftung von Grünflächen spielen Sicherheit, Funktionalität, Ästhetik, Pflegeaufwand und Kosten eine Rolle. Beim Setzen der Schwerpunkt spielt natürlich auch der Standort der Anlage eine wichtige Rolle, so muss beispielsweise entlang von Strassen den Sicherheitsaspekten die gebührende Beachtung geschenkt werden. Aber auch der Unterhaltsaufwand und die Kosten werden beachtet. Es liegt kein umfassendes Gestaltungs- und Bewirtschaftungskonzept vor, denn Liestal hat nicht ausserordentlich viele Grünanlagen. Die Flächen werden von fünf ausgebildeten Gärtnern unterhalten und diese haben auch gesunde Vorstellungen darüber, was beispielsweise schön aussehen könnte, wobei auch die Feedbacks aus der Bevölkerung bei der täglichen Arbeit einfließen. Pestizide werden dort eingesetzt, wo es nötig ist und wo es ohne Pestizide gar nicht gehen würde. Alle Stadtgärtner arbeiten nach der Devise, dass Pestizide nur so wenig wie möglich und nach Mass eingesetzt werden. So kann beispielsweise aktuell der Buchsbaumzünsler nicht ohne Gift bekämpft werden. Der Arbeitsaufwand für den Unterhalt von Böschungen, Rabatten, Bachufer, Unterhalt von Pflanzenkübeln usw. kann in Stellenprozenten nicht ausgewiesen werden. Im Sommerhalbjahr dürften die Stadtgärtner zur Hälfte ihrer Arbeitszeit mit solchen Arbeiten beschäftigt sein. Im Winterdienst stehen schwergewichtig Arbeiten wie Bäume-

Schneiden und Winterdienst an. Detaillierte Auskünfte könnte sicher auch der Leiter der Betriebe geben, gegebenenfalls könnte im Zusammenhang mit einem neuen Vorstoss detaillierter auf die Fragen eingegangen werden. Die Unterhaltsarbeiten für Pflanzenkübel sind gering, da von diesen nur wenige aufgestellt sind. Eine Reduktion des Arbeitsaufwandes wird insbesondere mit einer Dauerbepflanzung anstelle einer Wechselflorbepflanzung angestrebt. Einheimische Pflanzen sind nicht unbedingt robuster und pflegeleichter, oftmals auch schnellwüchsiger. Die Neophyten-Problematik ist auch in Liestal vorhanden und die Standorte bekannt bzw. in den Köpfen der Gärtner abgespeichert. Gewisse Neophyten werden ausgerissen und ausgegraben, was aber beispielsweise beim japanischen Knöterich nicht immer einfach ist, da dieser bis zu acht Meter lange Wurzeln haben kann. Massnahmen werden mit der Bürgergemeinde und dem Kanton sinnvoll koordiniert. Aktuell wird auch der Einsatz der Littering-Gruppe zur Neophyten-Bekämpfung geprüft. Der Stadt stehen nur die eigenen Mitarbeitenden als Fachpersonen zur Verfügung. Meist werden neue Grünanlagen von beauftragten Firmen geplant und erstellt und die Stadtgärtner zeichnen anschliessend nur für die Hege und Pflege solcher Anlagen verantwortlich. Externe Unterstützung wird meist nur bei grösseren Problemen wie beispielsweise bei einer Schädlingsbekämpfung beigezogen.

Interessieren würde es sie natürlich auch, was die beiden Interpellantinnen motivierte hatte, diese Interpellation einzureichen.

Ruesch Corinne (GL) hält als Interpellantin fest, dass sie mit den Antworten zufrieden sei, doch aber die Diskussion wünsche.

Meret Kaufmann (GL) teilt mit, dass die Interpellantinnen festgestellt hatten, dass viele Rabatten im öffentlichen Raum grossmehrheitlich mit Wechselflor und weniger mit naturnahen und pflegeleichten Pflanzen bepflanzt werden. Es wäre wünschenswert, wenn vermehrt dauerhafte und wenn möglich einheimische Pflanzen verwendet würden. Ein Gestaltungs- und Bewirtschaftungskonzept wäre wünschenswert, welches auch den Naturwert beinhalten würde. Die Neophyten-Bekämpfung durch die Stadtgärtnerei macht durchaus Sinn, sonst wird das Problem noch grösser.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) orientiert, auf die nächste Landratssitzung sei unter anderem auch eine Motion betreffend der Neophyten-Bekämpfung thematisiert. So könnten doch beispielsweise die Schulen mit einbezogen werden und mit solch lehrreichen Einsätzen auch einen wichtigen Beitrag leisten.

Corinne Ruesch (GL) nimmt Bezug auf die Antworten von Stadträtin Marion Schafroth. Es habe sie schon etwas erstaunt, dass die Stadtgärtnerei nach gesundem Menschenverstand, nach eigenem Ermessen und Gutdünken etc. die Grünflächen bewirtschaften und auch Pestizide einsetzen. Schriftlich ist anscheinend wenig oder gar nichts vorhanden. Es wäre schon wünschenswert, wenn anhand eines Konzeptes die Anlagen mit Dauer- oder Wechselflor bepflanzt würden. Bei der Erarbeitung solcher Grundlagen müssten sich die Verantwortlichen vermutlich auch konkrete Gedanken bezüglich der Grünanlagen-Bepflanzungen in Liestal Gedanken machen. Auch findet sie es viel, dass während den Sommermonaten rund 50 % der Stadtgärtner für die Grünanlagen im Einsatz sind.

Franz Kaufmann (SP) bedauert, dass anscheinend das erarbeitete neue Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) nicht auch im städtischen Raum umgesetzt wird. Bei einer kürzlichen Führung auf dem Novartis-Campus hatte er festgestellt, dass es dort keinerlei Rabatten gibt. Auf dem Heimweg hatte er dann die Rabatte der Stadt beim Herwegh-Denkmal gesichtet, und sich auch die Frage gestellt, weshalb die Stadt gerade dort mit Wechselflor wohl viel Zeit und Geld investiert. Die Erarbeitung eines Konzeptes würde auch seines Erachtens Sinn machen.

Stadträtin Marion Schafroth findet die Idee für die Konzept-Erarbeitung durchaus prüfenswert und sinnvoll. Natürlich werden die Bepflanzungen durch die Stadtgärtner nicht nur nach deren eigenem Gutdünken vorgenommen, wie dies vielleicht verstanden werden könnte. Vor rund sechs Jahren ist der Stadtrat von den Betrieben auch über die konzeptionelle Gestaltung der Grünflächen informiert worden. Die Zeiten ändern sich und es kann durchaus sein, dass eine Rabatte vor Jahren noch als sinnvoll betrachtet wurde, heute aber als unnötig beurteilt wird. Die Betriebe nehmen aber schon viele positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung entgegen, was vermutlich nicht in allen grösseren Gemeinden der Fall sein dürfte. So werden beispielsweise die Kästen im Heidenloch nicht als zentral angeschaut und deshalb auch nicht mit Wechselblor bepflanzt. Zu berücksichtigen ist auch, dass nicht alle Grünflächen entlang Strassen, Borde etc. auch im Eigentum der Stadt sind, welche diese zu unterhalten hat. Die Stadt hat auch keine Parkanlagen zu unterhalten, doch ist beispielsweise in Liestal die Anzahl an Bäumen, welche zu unterhalten sind, nicht unbedeutend. Die verschiedenen Inputs im Zusammenhang mit der Interpellationsbeantwortung w sie aufnehmen und dem neuen Bereichsleiter der Betriebe mitgeben, damit dieser sich in absehbarer Zeit damit befassen kann.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Fragen gemäss Interpellation Nr. 2012/214.

354 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Fragestunde

1. Frage / Regula Nebiker (SP) – Kontaktbar an der Seltisbergerstrasse

Vor einiger Zeit führte die Kantonspolizei eine Razzia in der Kontaktbar an der Seltisbergerstrasse durch. Wie in der Polizeimeldung vom 2. Dezember 2011 zu lesen war, verfügten alle 8 angetroffenen Frauen nicht über die erforderlichen Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen. Aufgrund dieser Meldung muss man davon ausgehen, dass mitten unter uns übler Frauenhandel betrieben wird und dass hier Frauen unter unwürdigsten Bedingungen ausgebeutet werden. In anderen Städten zeigt sich, dass die Situation der Frauen zumindest etwas verbessert werden kann, wenn eine Stadt sich aktiv mit der Prostitution befasst, die Szene aktiv und systematisch kontrolliert wird und klare Regeln bestehen. Meine Fragen: Was sind überhaupt die Möglichkeiten der Stadt? Nutzt die Stadt Liestal diese?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Für den Betrieb wie die Kontaktbar ist eine normale Restaurationsbewilligung notwendig, welche vom Kanton erteilt wird. Prostitution ist nicht illegal. Die entsprechenden Personen müssen über eine gültige Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung verfügen, welche sie unter Angabe des Verdienstes beim KIGA beantragen müssen. Die Überprüfung obliegt der Polizei BL. Eine Kontrolle wurde, wie in der Polizeimeldung vom 02.12.2011 zu lesen ist, vorgenommen und weitere Kontrollen werden folgen. Die Kontaktbar gilt bei der Polizei BL als unauffällig und der Stadt ist nichts von Menschenhandel bekannt.

2. Frage / Jürg Holinger (GL) – Parkhaus Rebgarten

An seiner Sitzung vom 25. Mai 2011 hat der Einwohnerrat den Strukturbeitrag gegenüber dem Antrag des SR um Fr. 500'000.00 gekürzt, was Neuverhandlungen mit den Investoren zur Folge hatte. Gibt es schon Ergebnisse dieser Verhandlungen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Leider kann über keine neuen Ergebnisse informiert werden. Herr Franz Thür hatte letzte Woche darüber informiert, dass der Hauptmieter sich neu beim Bahnhof niederlassen wird. Die Suche nach Investoren und Hauptmietern beginnt deshalb neu. Man hofft nach wie vor, dass das Baugesuch nächstes Jahr eingereicht werden kann.

3. Frage / Erika Eichenberger (GL) – Veloweg Rheinstrasse

Wie ist der Stand betreffend Veloführung auf der Rheinstrasse? Sind Velostreifen auf der ganzen Länge geplant bis zur Kantonalbank-Kreuzung?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Gestaltung der Rheinstrasse soll zusammen mit dem neuen Verwaltungszentrum des Kantons koordiniert werden. Auch wird von den Verantwortlichen des Kantons immer wieder gesagt, dass es für Velostreifen keinen Platz habe.

4. Frage / Erika Eichenberger (GL) – Unterführung Oristal

Viele Autolenkerinnen und Autolenker bemängeln die schlechte Beleuchtung, speziell tagsüber und ganz besonders beim Fussgängerstreifen. Auch nach Anbringen eines Spots beim Fussgängerstreifen ist die Situation dort nicht markant besser. Ist sich der Stadtrat des Problems bewusst und welche Verbesserungen sind möglich?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die technische Helligkeit ist zwar in Ordnung, doch wird vom Tiefbauamt das Nötige veranlasst, dass zusätzliche Lampen montiert werden. Diese Verbesserung sollte durch die EBL demnächst ausgeführt werden.

5. Frage / Corinne Ruesch (GL) – Auditierung Soziale Dienste

Vor drei Jahren, am 22. April 2009 wurde im Zusammenhang mit dem Geschäft 2008/16 „Auditierung Soziale Dienste“ dem Antrag der Grünen Fraktion, dass 2-jährlich durch einen externen unabhängigen Experten ein fachspezifisches Audit zur Qualitätssicherung durchgeführt und durch die GPK geprüft werden soll, mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt“. Ist diese Auditierung bereits erfolgt? Wann wird diese durch die GPK geprüft werden können?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Auditierung hatte stattgefunden und der Stadtrat sowie die Sozialhilfebehörde hatten vom Bericht im Winter 2010/2011 Kenntnis genommen. Alle Empfehlungen wurden umgesetzt und auch das neue IT-Programm ist installiert worden. Der Stadtrat hat beschlossen, dass künftige Auditierungen der Sozialen Dienste ebenfalls im Zusammenhang mit der ISO-Zertifizierung der Gesamtverwaltung vorgenommen werden.

6. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) – SBB-Auslagerung

Auf dem Projektbeschrieb ZENTRALIESTAL ist auf einem der neu geplanten Gebäude am Bahnhofplatz das SBB-Signet zu erkennen. Frage: Welche Büros oder sonstigen Räumlichkeiten werden von der SBB aus dem Bahnhofgebäude ins neu geplante Gebäude gezügelt?

Stadtrat Ruedi Riesen: Das Stadtbauamt glaubt, dass es sich bei der Visualisierung um ein Spiegelungsproblem des gegenüberliegenden Bahnhofgebäudes handelt. Eine Verschiebung der SBB-Büros ist jedenfalls nicht bekannt.

7. Frage / Diego Stoll (SP) – Sicherheitsfirmen, private

An öffentlichen Anlässen werden regelmässig private Sicherheitsfirmen engagiert, welche für Recht und Ordnung sorgen sollen. Vermehrt hört man in diesem Zusammenhang von ungeschultem Personal, welches selber Gewaltakte provoziert oder allfälligen Auseinandersetzungen mit überaggressivem Verhalten begegnet. Welche Auflagen stellt die Stadt Liestal an solche Sicherheitsfirmen? Gibt es Anlaufstellen, um allfälligen Beschwerden nachzugehen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Stadt verlangt, dass die Sicherheitsfirmen, welche von ihr beauftragt werden, Mitglied des Verband Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen VSSU sind. Dies garantiert, dass es sich um Firmen mit qualifizierten Mitarbeitenden mit Fachausweis handelt, welche auch über allfällig notwendige Zusatzdiplome/-lizenzen wie Waffentragbewilligung, Hundeführer-Bewilligung etc. verfügen. Der VSSU ist auch Beschwerdestelle, welche den Ausschluss einer Sicherheitsfirma aus dem Verband verfügen kann. Zu prüfen ist, ob wir die Erteilung einer Bewilligung zur Durchführung eines Grossanlasses an Veranstalter, Vereine etc. ebenfalls von einer VSSU-Sicherheitsfirma abhängig machen können.

8. Frage / Diego Stoll (SP) – Verteilerkasten Seltisbergerstrasse

Der Fussgängerstreifen an der Seltisbergerstrasse, Kreuzung Langhagstrasse, gehört zu den gefährlichsten Übergängen des gesamten Kantons. Gerade Schulkinder und Kindergärtner laufen dabei tagtäglich Gefahr, beim Überqueren der Strasse von Autos oder Bussen übersehen und erfasst zu werden. Diese Situation muss dringend entschärft werden, z.B. durch Entfernen des unübersichtlich angebrachten Verteilerkastens (auf der rechten Seite in Fahrtrichtung Liestal). Meine Fragen: Ist sich die Stadt Liestal dieser Problematik bewusst? Was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

*Stadtrat Ruedi Riesen: Der Kanton projiziert die Sanierung der Seltisbergerstrasse von der SBB-Brücke bis zum Quellenweg. Dabei wird ein besonderer Augenmerk dem Kreuzungsbe-
reich mit der Langhagstrasse und der Gartenstrasse. Die Stadt wird sich mit allen Mitteln gegen das Projekt wehren. Die ganze Sache ist höchst unerfreulich. Das Stadtbauamt meldet dem Tiefbauamt das Problem mit dem Verteilkasten.*

9. Frage / Pascal Porchet (FDP) – Unterflurcontainer

Wann werden die vorbereiteten Unterflurcontainer im Stedtli in Betrieb genommen?

Stadträtin Marion Schafroth: Es werden alle 6 Sammelstellen nach Fertigstellung auf den gleichen Zeitpunkt in Betrieb genommen. Die Inbetriebnahme muss mit den städtischen Baustellen koordiniert werden und sollte bis im Herbst 2012 möglich sein.

10. Frage / Hanspeter Stoll (SP) – Uhr im Gitterli

Vor ca. 2 Monaten wurde die mechanische Uhr auf dem Gitterli abmontiert und nicht wieder ersetzt. Seit dieser Zeit brennt nun die elektronische grosse Anzeigetafel Tag und Nacht.

Macht dies Sinn und wer hat dies entschieden?

Stadträtin Marion Schafroth: Die neue Anzeigetafel wurde im Frühling 2011 in Betrieb genommen. Diese Anzeigetafel hat eine integrierte Zeitangabe. Diese Zeitangabe ist von praktisch allen Seiten gut einsehbar. Die alte Zeitangabe war defekt und nicht mehr reparierbar.

11. Frage / Hanspeter Stoll (SP) - Schulanlage Burg, Rasenplatz

Bei der Renovation der Schulanlage Burg wurde der Sportplatz Gitterli als Aussenplatz für den Turn- und Sportunterricht der Burg definiert. Trotz einem aussergewöhnlichen mehrwöchigen Hoch „Harry“ wurde der Rasenplatz für Schulen bis nach den Frühlingsferien gesperrt. Macht dies Sinn, wer hat dies entschieden und gibt es dafür einen Passus im Benutzungsreglement?

Stadträtin Marion Schafroth: Wegen den tiefen Nachttemperaturen zu diesem Zeitpunkt war das Wachstum des Rasens nur schwach. Die Benützung wurde eingeschränkt, um den Rasen nicht schon im Frühjahr bzw. in der Wachstumsphase zu überbeanspruchen. Da wir seit 2008 über einen Kunstrasen verfügen, ist diese Vorgehensweise nicht mit Einschränkungen verbunden. Die Abteilung Stadtgärtnerei kann zur Schonung des Rasens die Benützung vorübergehend einschränken.

12. Frage / Michael Bischof (FDP) – Treppe beim Bahnwegli, Handläufe

Im April wurde links und rechts der Treppe beim Bahnwegli entlang des Altersheims Frenkenbündten zwei neue Handläufe montiert. Diese sind in bester und teuerster Qualität in Edelstahl gefertigt, obwohl die alten Handläufe in feuerverzinkter Stahlausführung jahrelang genügt haben. Die angrenzenden Absperrungen der SBB-Lärmschutzwand sind ebenfalls in feuerverzinktem Stahl gefertigt. Wieso hat man sich für die Luxuslösung in Edelstahl entscheiden und wie gross ist der Preisunterschied zu einer konventionellen Ausführung in feuerverzinktem Stahl?

Stadträtin Marion Schafroth: Der Preisunterschied zur feuerverzinkten Ausführung war zu diesem Zeitpunkt marginal. Die Ausführung in Edelstahl bietet mit der geringeren Anfälligkeit von äusseren Einwirkungen wie Verkratzungen, Rost, Sprayereien usw. und der längeren Lebensdauer, einen erheblichen Mehrwert.

13. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Tempo 30 am Rankweg

Seitens des Kantons wurde an einem Informationsanlass der Stadt den Anwohnern bekannt gegeben, dass die Tempo 30-Zone am Rankweg im Frühling unverzüglich umgesetzt wird. Der Frühling ist schon längst da, aber von den Ausführungsarbeiten ist nichts zu sehen. Wann werden die Arbeiten endlich ausgeführt?

Stadtrat Ruedi Riesen: Einen genauen Termin kann er nicht angeben, doch dauert der Frühling ja auch noch bis zum 21. Juni 2012.

14. Frage / Michael Bischof (FDP) – Treppe beim Bahnwegli, Handläufe

Die Anwohner im Gebiet Arisdörferstrasse, Rothfluhstrasse, Rankweg und Leisenberg haben Unterschriften gesammelt für die Realisierung von zusätzlichen Fussgängerstreifen bei den Busstationen „äussere Arisdörferstrasse“ und „Leisenberg“ sowie für die Realisierung einer Lichtsignalanlage beim Arisdörfer KG. Die Unterschriften wurden dem Stadtbauamt übergeben mit der Bitte, beim Kanton vorstellig zu werden. Was ist der Stand der Dinge?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Eingabe ist beim Kanton gemacht worden. Er selbst möchte vor Ende der laufenden Amtsperiode diese Frage auch noch geklärt haben.

15. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Pronto-Shop / Randständige

Vor dem Pronto-Shop am Bahnhof halten sich oft Randständige auf und lassen Abfall wie Bierflaschen, Zigarettenstümel etc. zurück. Auch sieht es vor dem Eingang in die Wartehalle und zu den Billetschaltern "schmutzig" aus. Kann der Stadtrat da etwas unternehmen, oder ist das Angelegenheit der SBB?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Für die Reinigung des erwähnten Areals zeichnen die SBB verantwortlich. Es sind nicht nur Randständige, sondern auch andere Passanten, die ihren Abfall liegen lassen. Die SBB nimmt letztmals um 20.00 Uhr Reinigungsarbeiten vor. Für die Ordnung zeichnen auch die Bahnhofspaten verantwortlich.

16. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) – Fraumattschulhaus, Parkplätze

Vor dem Fraumattschulhaus gibt es seit einiger Zeit einen neuen Parkplatz, auf welchem die Lehrerinnen und Lehrer optimal parkieren können. Die alten Parkplätze vorne an der Strasse können nicht mehr benutzt werden, da dieser Platz durch einen grösseren Stein abgesperrt wird. Im Fraumattquartier gibt es wenig Parkmöglichkeiten. Warum können diese alten Parkplätze nicht frei gegeben werden?

Zusatzfrage: Der neue Parkplatz ist nur bis 19.00h gebührenpflichtig. Am Abend stellen nun verschiedene Quartierbewohnerinnen und -bewohner ihre Autos auf diesen Platz, sodass diejenigen Personen, welche von auswärts kommen und turnen wollen, keine Parkmöglichkeit finden. Wie will der Stadtrat hier vorgehen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Parkplätze waren sehr gefährlich und mussten deshalb verlegt werden. Die Gebührenpflicht bis 19.00 Uhr ist ein Versuch und eine Verschiebung wird zwischen dem Stadtbauamt und dem Bereich Sicherheit geprüft.

355 0.01.011.01 Einwohnerrat

13. Weihnachtsbeleuchtung: Bericht Stadtrat zum Postulat von Michael Bischof und Martin Spiess der FDP-Fraktion sowie Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Übernahme einer Defizitgarantie für die Anschaffung einer neuen Weihnachtsbeleuchtung: Kostenbeitrag von maximal CHF 100'000.- an KMU Liestal als Defizitgarantie (Nr. 2012/203, Nr. 2012/203a)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass das Geschäft eingangs der heutigen Sitzung noch auf die Traktandenliste gesetzt wurde.

Die Postulanten werden gebeten, sich zur stadträtlichen Postulatsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2012/203 zu äussern.

Michael Bischof (FDP) dankt dem Stadtrat für die getroffenen Massnahmen der letzten Wochen sowie rasche Behandlung und Beantwortung des Vorstosses. In der Beilage zur stadträtlichen Vorlage ist auch das Projekt im Detail beschrieben, welches von der Stadtbaukommission und auch dem Stadtrat einstimmig gutgeheissen wurde. Sollte der Kredit an der heutigen Sitzung bewilligt werden, so ist man im Zeitplan und vom KMU-Vorstand könnte das Nötige bezüglich der Anschaffung der neuen Weihnachtsbeleuchtung veranlasst werden. Den Ratsmitgliedern ist mit E-Mail vom 23.04.2012 auch die Leitungsvereinbarung zwischen der Stadt und dem Verein KMU Liestal zur Kenntnis gebracht worden. An der heutigen Sitzung wird es wohl keine Variantendiskussionen geben. Er hofft, dass der Rat dem stadträtlichen Antrag zustimmen wird, damit dann auch der KMU-Vorstand mit den Aktivitäten bezüglich der Sponsorensuche, den Sammelaktionen usw. zu Gunsten der neuen Weihnachtsbeleuchtung beginnen kann.

Corinne Ruesch (GL) führt aus, auch ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen. Hinsichtlich dem Energieverbrauch ist die Anschaffung einer neuen Weihnachtsbeleuchtung dringend nötig. Man sollte es auch möglich machen, dass nachts die Weihnachtsbeleuchtung im ganzen Stedtli abgeschaltet werden kann. Dies nicht nur wegen dem Energieverbrauch, sondern auch wegen den Stedtlibewohnern, welche ihre Fenster nicht immer verdunkeln können.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass die Kreditvorlage für die Weihnachtsbeleuchtung absolut nicht zwingend und notwendig ist für die Aufrechterhaltung des Gemeinwesens, sondern zur Kategorie Luxus gehört. Liestal kann sich diesen Luxus wohl kaum leisten, musste man doch diese Woche erfahren, dass die Stadt Liestal in der Pensionskasse eine Deckungslücke von 32 Mio. Franken hat. Diese ist während den nächsten 40 Jahren abzustottern und kostet schlussendlich 65 Mio. Franken. Die in seinem Wahlkampf erstellte Hochrechnung, dass Liestal jährlich rund 1,7 Mio. Franken alleine nur für die Pensionskasse benötigt, wird sich vermutlich bewahrheiten. Liestal kann sich diese Neuanschaffung einfach nicht leisten. Oder wie will man den Kindern später einmal erklären und beibringen, dass man zwar eine tolle Weihnachtsbeleuchtung habe, jedoch kein Geld mehr für die Sanierung der Schulhäuser hatte? Die Ratsmitglieder sollten deshalb den Kredit ablehnen, obwohl eine neue Weihnachtsbeleuchtung toll und schön wäre, doch fehlen der Stadt Liestal einfach die finanziellen Mittel für solche Dinge.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) berichtet, seine Fraktion vertrete unterschiedliche Meinungen bezüglich der vorliegenden Kreditvorlage. Weshalb ist auf dem Situationsplan eine neue Beleuchtung auf dem Zeughausplatz und in der Amtshausgasse eingetragen, im Projektbeschrieb aber nicht erwähnt? Und was passiert, wenn vom KMU-Vorstand die Sponsorengelder nicht wie geplant beschafft werden können?

Walter Leimgruber (SP) orientiert, seine Fraktion unterstütze die stadträtliche Vorlage mit einem Kostendach von CHF 100'000.-. Dem Einwohnerrat würde es sicher auch gut anstehen, wenn er mit persönlichen Beiträgen die Finanzierung bzw. KMU-Sammelaktion unterstützen würde. Wichtig ist aber auch, dass sich der Weihnachtsbeleuchtungs-Perimeter nicht nur alleine auf die Rathausstrasse beschränkt.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, ob man bei fehlenden finanziellen Mitteln gegebenenfalls nicht den Betrag von CHF 75'000.-- bzw. die Beleuchtung für den Bereich „Zufahrtsstrassen“ streichen könnte?

Hanspeter Meyer (SVP) äussert, seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen. Den Spendenaufruf von Ratskollege Walter Leimgruber finde er persönlich auch gut.

Michael Bischof (FDP) nimmt zu verschiedenen Voten und Fragen der Ratsmitglieder Stellung: Das Abkoppeln des Stromes bzw. Weihnachtsbeleuchtung von der übrigen öffentlichen Beleuchtung war bisher technisch nicht möglich, doch wird der Vorschlag im Zusammenhang mit der Neuanschaffung nochmals geprüft. Viele Kinder werden sich an der neuen Weihnachtsbeleuchtung erfreuen, obwohl auch ihnen bekannt ist, dass die finanziellen Mittel für andere Investitionen knapp sind. Vielleicht ist die neue Beleuchtung nicht absolut zwingend notwendig und gar ein Luxus, doch dürfte diese bezüglich dem Ambiente und der Standortfrage Liestals eine wichtige Rolle spielen. In der Amtshausgasse ist schon in der Vergangenheit die Weihnachtsbeleuchtung installiert worden und eine Erweiterung bis zum Zeughausplatzes macht auch in Anbetracht der neuen Ziegelhof-Überbauung Sinn. Der Ausbau der Weihnachtsbeleuchtung auf weitere Strassenzüge und Plätze wird in Betracht gezogen. Bereits vor der heutigen Sitzung hatten sich zwei Ratsmitglieder gemeldet, welche einen namhaften Betrag aus dem eigenen Sack an die neue Weihnachtsbeleuchtung bezahlen werden. Die Weihnachtsbeleuchtung muss bis Ende Mai bestellt werden und sollten von den KMU-Verantwortlichen die restlichen finanziellen Mittel von CHF 109'000.-- nicht beschafft werden können, so hätte man ein echtes Problem. Sein persönliches Ziel ist es, dass die Stadt weniger als den Kredit gemäss Defizitgarantie beisteuern muss. Auf keinen Fall sollen die gesammelten Gelder für die künftigen Wartungskosten verwendet werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) empfiehlt, den Lotteriefonds bezüglich eines möglichen finanziellen Beitrages zu kontaktieren.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat genehmigt mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung für die Weihnachtsbeleuchtung einen Nachtragskredit von CHF 100'000.- zu Lasten der Laufenden Rechnung 2012 (Konto 300.365.09)

://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

Neue Vorstösse

- Interpellation von Regula Nebiker der SP-Fraktion betreffend **Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse** (Nr. 2012/217)

Regula Nebiker (SP) hält fest, dass der von ihr eingereichte neue Vorstoss an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt wurde. Sie und auch ihre Fraktion ist und war der Meinung, dass dieser als Postulat und nicht als Interpellation hätte eingereicht werden sollen. Wie kann dieser Fehler nun korrigiert werden?

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) empfiehlt, dass von der Interpellantin der Vorstoss Nr. 2012/217 zurückgezogen und neu als Vorstoss eingereicht wird.

Regula Nebiker (SP) erklärt, sie werde das Nötige veranlassen, damit der Vorstoss neu als Postulat im Rat behandelt werden kann.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Markus Meyer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann